

# Klassenkampf

Kommunistisches Organ für den Bezirk Halle-Merseburg

Der „Klassenkampf“ erscheint jeden Freitag nachmittags, außer Sonn- und Feiertagen. Bezugspreis: pro Heft monatlich 2,40 Mark; durch die Post bezogen 2,80 Mark, ohne Zustellungsgebühr. Verlag: Halle-Merseburger Zeitungsgesellschaft GmbH, Halle, Bergholzstr. 14. Fernruf: 210 45 (9 bis 1), 210 47 (Berlag).

Mit der illustrierten Arbeiter-Zeitung  
**Der Rote Stern**

Einzelpreis: 15 Pf. für den am 6. und 13. April, 1. Mai im Zeitl. Kaufleute: Krebholz des Saaltalles Halle; Commerz- und Privat-Bank Halle. Postbezugspreis: Leipzig 264 71 Halle-Merseburger Zeitungsgesellschaft GmbH, Halle, Bergholzstr. 14.

Einzelpreis 15 Pf.

Halle, Mittwoch, 15. April 1931

11. Jahrgang Nr. 87

## Die IG-Farben-Industrie der Produktions-Sabotage überführt!

Die Leuna-Kapitalisten mit amerikanischem Gelde gekauft — Einschränkung der Produktion und trotzdem Riesengewinne!

Halle, den 15. April.

Durch die Handelszeitungen geht unter der Überschrift „Leuna-Patente und Farbengewinne“ ein Artikel, der größte Aufmerksamkeit aller Arbeiter, und besonders der Leuna-Arbeiter, verdient. Es handelt sich um die Verträge, die von der IG-Farbenindustrie mit der Standard Oil Co., dem amerikanischen Oeltrust, abgeschlossen worden sind und in deren Folgen die großartigste Sabotage in der chemischen Industrie der Welt, die sich denken läßt. Diese Verträge haben die Ausbeutung der Zusammenarbeit der Standard Oil Co. mit der IG-Farbenindustrie auf Europa zum Gegenstand. Zur Durchführung der Zusammenarbeit ist eine besondere Gesellschaft, die International Hydrogenation Co. gegründet worden. Es handelt sich um die Verschärfung des Hydrierverfahrens der IG-Farbenindustrie, durch das es möglich geworden ist, verflüssigte Kohle, Schieferasche, Kohlenteeer und Rohöl fast hundertprozentig in hochwertige Produkte zu verwandeln.

Aus diesen Verträgen haben die Farbkönige bisher schon Gewinne gemacht, die so groß sind, daß die Verwaltung es bisher nicht einmal gewagt hat, den Aktionären der IG-Farbenindustrie darüber Auskunft zu erteilen.

Jetzt steht jedenfalls, daß in den Verträgen mit der Standard Oil Co. auch der Umfang bestimmt ist, in dem in den IG-Betrieben — in erster Linie im Leuna-Werk — synthetisches Benzin hergestellt wird.

Von dem Geheimrat Bösch ist vor dem Enquete-Ausschuß offen ausgesprochen worden, daß die IG-Farben sich mit der Standard Oil Co. geeinigt habe, „weil es jahrelanger Arbeit bedurfte, um mit Sicherheit zu entscheiden, bis zu welcher Grenze man konkurrenzfähig sein würde. Der finanzielle Aufwand im Kampf gegen die großen Petroleumgesellschaften wäre unabsehbar gewesen“.

Welches sind die Folgen dieser Einigung für die Kapitalisten der IG-Farbenindustrie, für die Leuna-Arbeiter? Die Farbkapitalisten, die Leuna-Kapitalisten bekommen ihren ungeheueren Profit durch das amerikanische Fraktalkapital, die Standard Oil Co., garantiert. Sie haben nur eine Bedingung zu erfüllen

die Eigenproduktion an synthetischem Benzin immer mehr in den Hintergrund treten zu lassen.

Was das für die Arbeiter, insbesondere die Leuna-Arbeiter, bedeutet? Immer weitere Betriebsstilllegungen, immer weitere Massenentlassungen, neben den Massenentlassungen infolge der fortschreitenden Rationalisierung in den Betrieben.

Die Leuna-Arbeiter, die IG-Gewaltigen sind des Verbrechens der Produktions-Sabotage überführt. Sie schränken die Produktion an synthetischem Benzin bis auf ein Minimum ein, damit die Standard Oil ihr Petroleum auch in Deutschland in größerem Umfang los wird. Sie lassen die Produktionsstätten zum großen Teile ungenutzt. Sie verurteilen die Proleten, die Arbeiter und Angestellten durch direkten Lohnabbau, durch die betrügerische Verkürzung der Arbeitszeit ohne Lohnausgleich, vor allem aber durch Massenentlassungen zum Hungern.

Diese vom amerikanischen Kapital gekauften Bande von Verbrechern am deutschen Proletariat und am deutschen Volke sieht, daß die Arbeiter unter dem Banner der revolutionären Gewerkschaftsopposition, der RGO, sich sammeln zum Kampf.

Die Kapitalistenbande und die ihre feile Presse wollen die Welt glauben machen, daß revolutionäre Arbeiter ebenso käuflich wären wie sie selber, daß sie gegen Geld dem proletarischen Vaterland ihre wertvollen Dienste leisten würden. Die unerhörtesten Dinge werden über „Werkspionage“ in den höchsten Farbwerten der IG zusammengeklappt.

In unerschütterlicher, verlogener Weise werden diese Dinge mit der RGO in Zusammenhang gebracht, um sie bei den Massen in Mißacht zu bringen, nur um Verlockungen zu schaffen, um den Massen der IG-Arbeiter die Führer im Kampfe gegen die IG-Könige zu nehmen.

Vergebliches Bemühen. Die Arbeiter verstehen sehr wohl, und sie sehen es an dem Beispiel der Produktions-Sabotage durch die IG-Farben, daß das kapitalistische Eigentum zu einer Garantie, einer Fessel der Produktion geworden ist. Der Aufbau der sozialistischen Industrie macht riesenhafte Fortschritte allein deshalb, weil diese Schranke niedergelegt, weil diese Fessel gesprengt wurde. Allein deshalb macht insbesondere die sozialistische Oelindustrie gewaltige Fortschritte, allein deshalb war es den Delabrateuren möglich, den Fünfjahresplan in 2 1/2 Jahren zu erfüllen.

Die deutschen Arbeiter werden weiterhin mit aller Kraft ihren russischen Vätern beim Aufbau der sozialistischen Industrie helfen. Die deutschen Arbeiter und insbesondere die Chemieproleten werden durch keinerlei Siege sich trennen lassen von ihrer Führerin, der

RGO und der RPD. Sie werden den Kampf aufnehmen gegen die IG-Farbenkönige, gegen diese vom amerikanischen Kapital gekauften Kapitalistenbande, die, weil es für sie bequemer ist, die Produktionsstätten still legt, die Proleten auf das Straßenpflaster wirft.

Streik unter Führung der RGO gegen die Massenentlassungen, für Lohnausgleich, für den Lohnausgleich für die bereits erfolgten Arbeitszeitverkürzungen, das ist die Parole.

### Wer kliebt den deutschen Arbeitern das Brot?

Als die erbärmlichsten Knechte des Finanzkapitals in Deutschland, das in der IG-Farbenindustrie verkörpert ist, zeigen sich wiederum Nazis und Sozialdemokraten. Beide schreien über kommunistische Werkspionage. Wenn zwischen

beiden ein Unterschied besteht, so nur der, daß die SPD noch um Vieles knechtischer und schimpflicher sich benimmt.

Während das hallische Naziblatt in frecher Weise seine Montagnummer mit der Schlagzeile „Kommunistische Werkspionage im Rahmen des Fünfjahresplanes“ überschreibt und im übrigen sich darauf beschränkt, die verlogenen Meldungen der bürgerlichen Nachrichtenbüros abzuhandeln, bekommt das „Volkswacht“, das ebenfalls über „kommunistische Werkspionage“ ziert, es fertig, von einer schweren Schädigung der deutschen Arbeiterschaft zu schwärzen. Das sozialdemokratische Blatt in Frankfurt am Main wird zitiert:

„So wird deutschen Arbeitern Arbeit und Brot geklopft.“ Wir haben heute durch die Feststellung, daß die IG-Farbenkönige sich des gemeinen Verbrechens der Produktions-Sabotage schuldig gemacht haben und weiter schuldig machen, bemerkt,

wer den deutschen Arbeitern, wer den Chemieproleten Arbeit und Brot kliebt. Die kapitalistische Ausbeuterordnung ist es und vor allem ihre ersten Nutznießer, die IG-Farbenkönige.

Nazis und SPD, das zeigt ihr Gescheh über die „Werkspionage“ und ihr Schweigen über die Verbrechen der IG-Farbenkönige, sind nichts anderes als die elenden Hüter der kapitalistischen Ausbeuterordnung. Schimpf und Schande über sie! Jeder ehrliche Arbeiter muß ihnen den Rücken kehren, jeder Arbeiter gehört in die rote Klassenfront.

Kampf gegen das kapitalistische Ausbeuterregime, das für die Arbeiter weiter nichts bedeutet als den Hungertod! Kampf für den Sozialismus, der allein den Arbeitern und allen Werktätigen Arbeit und Brot geben kann!

Als Antwort auf die unerhörte Siege der Lakaien des Finanzkapitals: Chemieproleten, reißt hinein in die RGO, hinein in die RPD! In jedes Arbeiterhaus eure Zeitung, der „Klassenkampf“!

## Monarchie in Spanien gestürzt!

Bürgerlich-sozialdemokratische Koalition — Das erste Dekret: „Ruhe und Ordnung“ — Die Arbeiter verlassen die Betriebe — Massendemonstrationen unter roten Fahnen

Madrid, 14. April. (Eig. Meldung.) König Alfons von Spanien hat heute abend für sich und seine Familie abgedankt. Die offizielle Proklamierung der Republik steht bevor. Die bisherige Regierung des Admirals Ugarte hat einer provisorischen republikanischen Regierung Platz gemacht. Die neue Regierung besteht aus bürgerlichen Republikanern und Sozialdemokraten. Vier Ministerien werden mit sozialdemokratischen Führern besetzt. Die entscheidenden Regierungsposten (Ministerpräsident, Innenministerium, Außenministerium und Kriegsministerium) behält die republikanische Bourgeoisie sich selbst vor. Ministerpräsident der provisorischen Regierung ist der Bourgeoisrepublikaner Alcalá Zamora. Das erste Dekret der neuen Regierung enthält die Ankündigung, daß sie vor allem Mittel zurückzufahren werde, um die Ruhe und Ordnung aufrechtzuerhalten und das Leben der königlichen Familie zu sichern.

Der Sturz der Monarchie hat das verkaufte Gesicht der Monarchie in Spanien hinweggejagt. Unter dem Vorwand der RPD, den 1. Mai durch Massenstreik und Massendemonstrationen gegen Schmarozk und faschistische Diktatur zu begehen, die „roten Tage“ der RGO vom 15. April bis 1. Mai und der Sturmplan der RPD müssen der Wutsturm zum Mittelkampf sein.

Der Sozialdemokratie fällt in dieser Situation die Aufgabe zu, den revolutionären Kampfwillen der Massen zu brechen. Die spanische Sozialdemokratie hat in dieser Hinsicht bereits ihre blühenden Erfahrungen. Sie war eine tatkraftige Stütze Primo de Riveras. Sie war in seiner Regierung vertreten. Sie hat sich mitverantwortlich gemacht für die hundertprozentige Niederlage der revolutionären Arbeiterfront. Sie wird auch in der Republik erst recht ihren Traditionen aus den Zeiten Riveras alle Ehre machen.

### Neue Streikbeschlüsse zum 1. Mai

Die streikenden Bauarbeiter in Weihenstephan begreifen den Aufbau der hallischen Frontkämpferorganisation der RGO und der RPD, den 1. Mai durch Massenstreik und Massendemonstrationen gegen Schmarozk und faschistische Diktatur zu begehen. Die „roten Tage“ der RGO vom 15. April bis 1. Mai und der Sturmplan der RPD müssen der Wutsturm zum Mittelkampf sein.

Die Streikbeschlüsse der Bauarbeiter wählte mehrere streikende Bauarbeiter in den Weihenstephan. Der Streik der Bauarbeiter wird weiter geführt unter Führung der RGO.

Die Kollegen vom Bau treten am 1. Mai, morgens 8 Uhr, im „Tivol“ zur Massenkundgebung an.

Unter den Bedingungen der wachsenden Krise vollzieht sich in Spanien nach dem Sturz der Monarchie langsam ein grundlegendes Frontwechsel. Die Alternative „Monarchie oder Sozialismus“ enthält ihren wahren Sinn, indem sie sich vermindert in die Kampflösung des revolutionären Proletariats: Nieder mit dem reaktionären Regime der Ausbeutung und des Schmarozks! Es lebe die Arbeiter- und Bauernregierung!

### Weihenstephaner Bauarbeiter für RGO

(Eig. Meldung.) Weihenstephan, 15. April.

In einer überfüllten Streikbeschlüsse, in der auch viele Kollegen vom Weihenstephan anwesend waren, wurden die Ausführungen des RGO-Vertreters mit großem Beifall aufgenommen und in der Diskussion der Führung der RGO das Vertrauen ausgesprochen sowie die Weiterführung des Kampfes unter allen Umständen beschlossen.







# Tag und Nacht

auf dem schnellsten Wege nach unseren  
74 Groß-Vertellungsstellen und von da  
aus in alle Teile des Reiches.

Das ist das Geheimnis der Immer fabrikfrischen

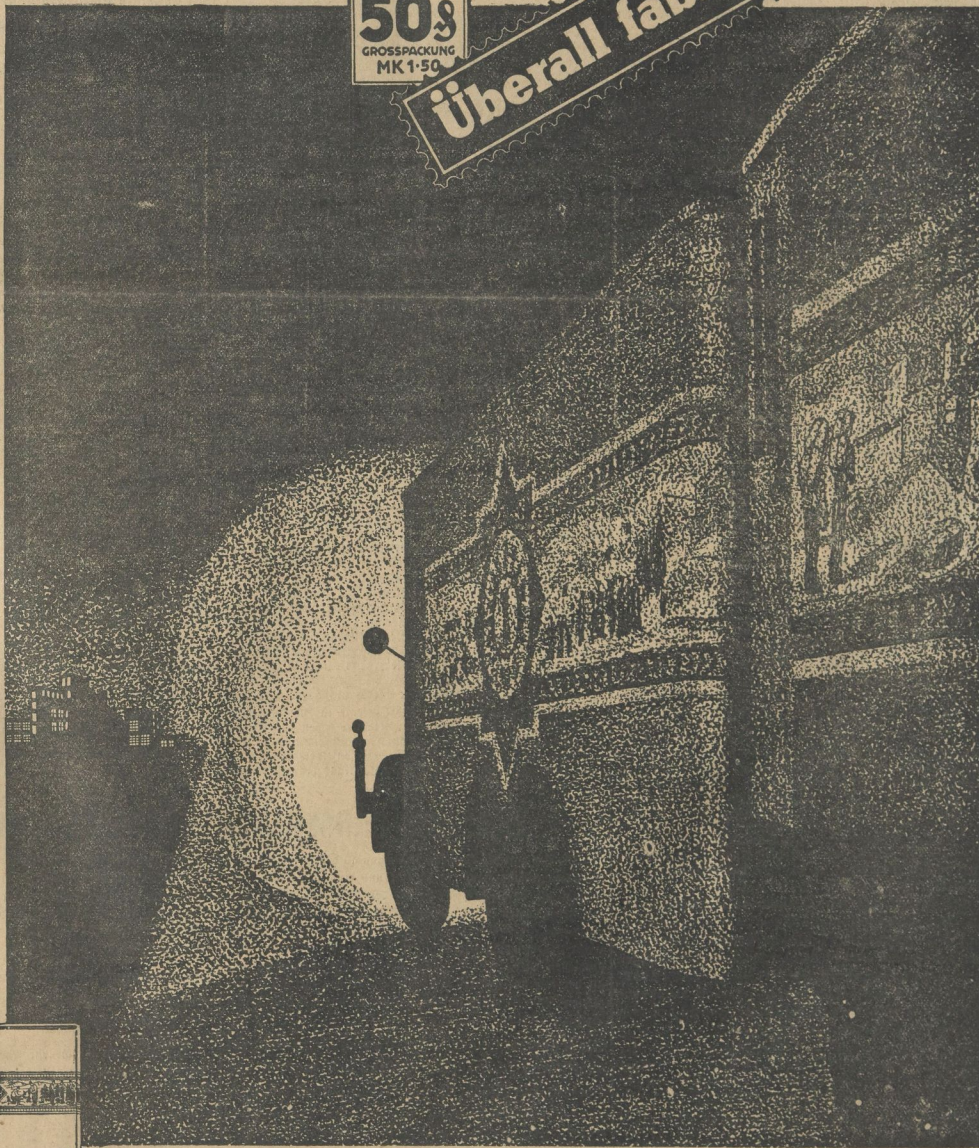
**REEMTSMA  
CIGARETTEN**

# OVA

*Außen-Format*

EINHEITS  
PACKUNG  
**50g**  
GROSSPACKUNG  
MK 1-50

**Überall fabrikfrisch!**





Aus der Arbeit der R.G.O.

Achtung, macht mobil für

Rote Eisenbahnerwahlen

9. und 10. Mai werden bei der Reichsbahn rote Betriebsräte gewählt - Eisenbahner, rüstet zum Streit gegen Lohnraub und Massenentlassungen

Der Bezirksbetriebsrat bei der RBD Dresden (4. Auswahlsieger) kam zu seiner letzten Sitzung für die vergangenen Wahlperiode zusammen. Die Tagesordnung lautete: Punkt 1: Bestellung des Bezirkswahloorkandes; Punkt 2: Bericht über Personalmassnahmen; Punkt 3: Bericht über Feiertagschichten.

Die Reformisten müssen für die RBD die in diesem Wahlsystem das Sagen und des Glens. Nach dieser Auseinandersetzung glaubte der Betriebsbetriebsratsvorsitzende Jauste folgende diplomatische Abstimmung vorzuziehen zu müssen.

Zeithener Bergkumpels marschieren mit der RGD

Massenstreik am 1. Mai beschlossen - Delegierten zur Bezirkskonferenz am 19. April gewählt

Verstärkt die Werbung in den Betrieben!

gleitervorparlamenten usw. anzumelden (!). Die Arbeiterkraft muß hieran erkennen, daß es gerade die „linken“ Sozialdemokraten sind, die nach der Fichtelhaube rufen, die die Versammlungen übernahmen!

Der 1. und 2. Vorsitzende, Jauste und Rietze, gaben dann einen Bericht über den vergangenen und gegenwärtigen Personalstand bei der RBD Dresden ab. - Veranschaulichung - Feiertagschichten - Lieberführung ins Zeitarbeiterverhältnis, das sind so die Kernfragen aller Personalpolitik.

Schallendes Gelächter lief bei der RGD die riesengroße Dummheit und Unkenntnis der dreimal schlauen Reformisten aus. Dem Diktator war die Sache selbst zu dumm. Nun, die Herrschaften sollen das Betriebsratsgesetz und auch die Wahlordnung durchlesen.

Stellt die Streikbrecher an den Pranger

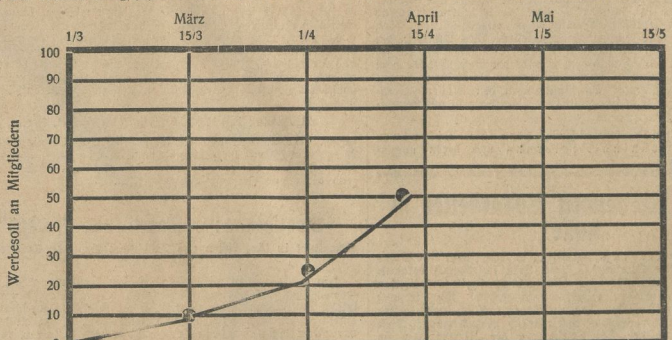
M.A. Der Streik der Bauarbeiter tritt in ein verschärftes Stadium durch die Verbindlichkeitsklärung des Berliner Schiedsrichters. Die große Bauarbeiterversammlung am Freitag im 'St. Nikolaus' hat beschlossen, den Streik unverzüglich weiterzuführen.

Im revolutionären Wettbewerb

Aluminium Bitterfeld marschiert an der Spitze

Erfüllt im Sturmtempo den Sturmplan

Stachtschende Kurve zeigt die glänzende Entwicklung der RGD-Werbesollbewegung im Aluminiumwerk Bitterfeld. Die Genossen der RGD-Gruppe sind die einzigen in der Chemie, die schon vor dem 15. April 60 Prozent ihres Werbesolls überschritten haben.



Die übrigen Chemiefabriktriebe gehen zum Teil im Schnecken-tempo hinter dieser Entwicklung her. Wo bleibt Senne, Grim, Berlin, OVG, Ellenberg, Gummi, Sidijsch und Kelag? Wollt ihr euch von den jungen Genossen im Aluminiumwerk beschämen und schlagen lassen? Wo sind eure Stoßfragen? Wo hin eure Erfolge? - Alles angepaßt und im Sturmtempo euer Soll erfüllt!

Sturmfrage! Erfüllt den Sturmplan der RGD

Beitrittserklärung zur RGD

Der Unterzeichnete erklärt hiermit seinen Beitritt zur RGD. Vor- u. Zuname: \_\_\_\_\_ Wohnort u. Wohnung: \_\_\_\_\_ Geboren am: \_\_\_\_\_ in: \_\_\_\_\_ Beruf: \_\_\_\_\_ Betrieb: \_\_\_\_\_ Verbandszugehörigkeit: \_\_\_\_\_







# Thälmanns Ruf: Hinein in die RGO!

Nur unter den Fahnen der RGO wird die Gewerkschaftseinheit der deutschen Arbeiter wiederhergestellt — Nur die RGO kann und wird wirkliche freie Gewerkschaften schaffen

Wir veröffentlichen nachstehend das Schreiben des Genossen Thälmann an die Verwaltungsstelle des Gesamtverbandes Hamburg. Das Schreiben ist eine Antwort des Genossen Thälmann auf die Anklage eines Ausschlusses aus dem Verband. Der Genosse Thälmann ist 27 Jahre Mitglied der freien Gewerkschaft der Transportarbeiter. Die Red. an die Hamburger Bezirksverwaltung des Gesamtverbandes, Hamburg

In euren Schreiben vom 18. März 1931 berichtet Ihr über einen Beschluß der Vertreterversammlung der Hamburger Bezirksverwaltung, bei dem Verbandsvorstand einen Anschließungsantrag gegen mich zu stellen. Als Gründe für diesen Anschließungsantrag werden in dem Schreiben angegeben:

1. Du bist uns als Leiter und Vorsitzender der Kommunistischen Partei bekannt.
2. Diese kommunistische Partei hat in einer Veranstaltung im Januar 1931 ihre erste Reichskonferenz der RGO (freie Rote Gewerkschaftsopposition) für Hafen- und Wassertransportarbeiter gegründet zu dem ausgesprochenen Zweck, die Einheit und Geschlossenheit der freien Gewerkschaften, insbesondere die des Gesamtverbandes, wo auch Du Mitglied bist, zu fördern.

Ihr fordert mich auf, zu diesem Schreiben meine Entgegnung schriftlich mitzuteilen. Ich komme dieser Aufforderung nach, um meine Gründe, die die Gründe der revolutionären Arbeiterschaft sind, darzulegen:

**Es ist wahr, daß ich Jahrzehnte der freien Gewerkschaft der Transportarbeiter angehöre.**

Genau so wie Tausende meiner Kollegen in diesen Verbänden und Jahntausende in anderen Verbänden, habe ich als Funktionär im Laufe von vielen Jahren für die freien Gewerkschaften gelebt, die durch mühselige Arbeit und Opfer von Millionen deutscher Arbeiter groß und stark wurden.

Die deutsche Arbeiterklasse wollte sich in den freien Gewerkschaften einen Schutzwall gegen die Unternehmer, eine Kampforganisation zur Verteidigung ihrer Lebensinteressen schaffen. Sie wollte darüber hinaus, getreu den Lehren von Marx, einen mächtigen Einfluß auf der Verschärfung des gesamten Systems der Lohnknechtung haben.

**Mehr als 60 Jahre deutsche Gewerkschaften und was nun? Diese Frage hämmert schon seit langem in den Köpfen der klassenbewußten Mitglieder der freien Gewerkschaften.**

Die Geschichte zeigt viele Beispiele, wie fortschrittliche und revolutionäre Organisationen und Einrichtungen in das Gegenteil verandelt wurden. Das trifft auch auf die freien Gewerkschaften in Deutschland zu. Die Gewerkschaften sind aus Organisationen des Klassenkampfes zu Organisationen der Unterwürfung der kapitalistischen Wirtschaft und der kapitalistischen Staatsmacht geworden. Das beweist nicht nur die ständige Praxis der Gewerkschaftsbürokratie, sondern die programmatischen Beschlüsse des Hamburger Gewerkschaftskongresses über die Wirtschaftsdemokratie und des Stockholmer Kongresses der Amsterdamer Internationale über die Notwendigkeit der Unterordnung der Arbeiterinteressen unter die Interessen der kapitalistischen Wirtschaft.

Im Laufe von Jahrzehnten hat sich eine Bürokratie in den Gewerkschaften entwickelt, die die Massenorganisationen des deutschen Proletariats beherrscht und vergewaltigt. Eine Bürokratie, die sich unabhängig vom Willen der breiten Mitgliedschaft fühlt, die ihre gutbezahlten Funktionen für sich lebenslanglich gesichert hat, die mit dem Kapitalismus, mit dem kapitalistischen Staat auf Gedeih und Verderb verbunden ist.

Der deutsche Kapitalismus selbst befindet sich heute im Prozeß seiner Verfallung und Entartung. Das Wort des „Kommunistischen Manifestes“, daß die Elitenhalter nicht mehr ihre Klassen auch nur noch nötig zu erachten, ist nun Realität geworden. Nicht nur die über fünf Millionen Erwerbslosen, auch die „Glücklichen“, die noch in den Betrieben stehen, überzeugen sich jeden Tag und jede Stunde vom Bankrott des kapitalistischen Systems. Löhne, die unter den Wiederherstellungskosten der Arbeiterschaft liegen, sind zur Dauererscheinung geworden. Der Arbeiter bekommt einen Lohn, der nicht einmal für das Lebensnotwendige ausreicht. Die ureigenste und elementarste Aufgabe der Gewerkschaften — Kampf für höheren Lohn und bessere Arbeitsbedingungen, der Kampf selbst um die Verteidigung der bestehenden miserablen Arbeitsbedingungen — rüttelt an den Grundfesten des moribunden und verfallenden Kapitalismus.

Der Streikampf wird deshalb in der Periode der allgemeinen Krise des Kapitalismus zur Kampfhandlung gegen das gesamte kapitalistische System. Wer aber gegen das System nicht kämpfen will, der muß auch gegen den wirtschaftlichen Streik sein, der muß zum Streikbrecher aus Wringlich werden. Das ist die eiserne Logik der kapitalistischen Entwicklung. Das ist der Weg des deutschen Reformismus.

Es ist überflüssig, hier die streikbrecherische Politik des reformistischen Gewerkschaftsapparates zu schildern. Darüber berichten täglich, tagaus und tagein in den Betrieben, die Gewerkschaftsmitglieder in den Versammlungen.

Wir leben in einer Zeit, wo es keine Zwischenstellungen mehr gibt. Es gibt nur zwei Wege: den Weg des revolutionären Massenkampfes, oder den Weg der Unterstützung des Kapitalismus durch Arbeiterverrat und Streikbruch.

Es gibt nur zwei Auswege: den Ausweg für die Hungernden und Darbenden Millionen Arbeiter zum Sozialismus im Kampfe für ein Sowjetdeutschland oder den „Ausweg“ für die Ausbeuter und ihre Lakaien durch den Versuch der Rettung des deutschen Kapitalismus auf Kosten vermehrter Ausbeutung, vervielfachter Auspreßung. Es gibt nur eine klare Entscheidung: Sturz oder Erhaltung des schändlichen Regimes der Ausbeutung eines Menschen durch den anderen. Jeder muß sich in unserer Zeit entscheiden: für die rote Front, oder für die Front der Ausbeuter.

Jetzt verfährt Ihr nach der Methode: „Haltet den Dieb!“, indem Ihr sagt, die revolutionäre Gewerkschaftsopposition gete...



**Darum hinein in die RGO!**

hören die „freien“ Gewerkschaften. Wer hat die freien Gewerkschaften ihres Inhalts als Kampforganisation der Arbeiterklasse beraubt, sie ausgereutet und sie in Hilfsorgane der Unternehmerorganisationen verwandelt? Die reformistischen Gewerkschaftsführer, die Gewerkschaftsbürokratie, die SPD.

Wer hat die Millionen deutscher Arbeiter in den Jahren des imperialistischen Krieges auch das „Schlachtfeld der Ehre“ gelugt? Wer hat in den Jahren des Weltkrieges den Burgfrieden mit der Bourgeoisie abgebrochen, sich freiwillig des Streiks entlost, um dem ungeheuren Massenmord auf den Feldern von Frankreich und Rußland nicht zu föhren?

Das waren die deutschen Gewerkschaftsführer, die den Kapitalismus vor der proletarischen Revolution beim Novemberumsturz gerettet haben. Das waren die deutschen Gewerkschaftsführer, die in den nachfolgenden Jahren mit allen raffinierten Methoden des Völkerverrats die Arbeiterschaft zurückgehalten haben. Das waren die deutschen Gewerkschaftsführer, die in den letzten 5-6 Jahren die widerbische Nationalisierung, die Millionen deutscher Arbeiter brotlos gemacht, durchzuführen ermöglicht haben. Es sind die Gewerkschaftsführer, die jede Kampfjüngung des Proletariats jeden Versuch der ausgebeuteten Massen, sich gegen ihre Unterdrücker zu erheben, jeden Streik mit aller Brutalität, mit aller Rücksichtslosigkeit bekämpfen.

Die revolutionäre Gewerkschaftsopposition entsetzt als eine Kraft, die den von der Gewerkschaftsbürokratie perfidierten Schutzwall gegen die Ausbeutung wiederherstellt. Aus den Betrieben, aus den Schächten, aus den Bauhallen, aus den Gütern steigt eine neue Kraft empor, die sich die Aufgabe stellt, mächtige Organisationen gegen Unternehmertum und Sozialismus zu schaffen. Die revolutionäre Gewerkschaftsopposition stellt die besten Traditionen des mehr als hundertjährigen gewerkschaftlichen Klassenkampfes in Deutschland wieder her, sie will und muß — das ist ihre Pflicht gegenüber der deutschen Arbeiterklasse — die von euch zerstückte Klassenfront wieder aufbauen.

Die Konferenz der Frauen und Seeleute in Hamburg hatte die Aufgabe, die Kampfbereitschaft der Arbeiter gegen das Rederkapital herzustellen, nachdem ihr durch organisierten Streikbruch und durch die Polizeibrutalitäten eures Schönfelders die Arbeiterfront geschlagen und dadurch erst den Lohnraub ermöglicht hat.

## Klassengenossinnen! Klassengenossen!

Die Antwort des Genossen Thälmann an den Gesamtverband Verwaltungsstelle Hamburg ist klar und einseitig. Sie kennzeichnet die völkerverheerliche Politik der Reformisten und zeigt gleichzeitig deren Bankrott auf. Die reformistischen Gewerkschaftsführer haben selber wiederholt erklärt, daß wegen politischer Überzeugung kein Mitglied aus den Gewerkschaften ausgeschlossen wird. Der Anschluß des Genossen Thälmann wie all der tausende anderer Arbeiter beweist, daß die Führer der „freien“ Gewerkschaften auf allen Gebieten nur mit dem Mittel der Mäße arbeiten.

Sie sehen die feigende Erbitterung im Proletariat über ihren schändlichen Verrat und machen den Versuch, die Stärkung des Kampfwillens der noch in den reformistischen Gewerkschaften organisierten Arbeiter durch die Ausschüsse revolutionärer Kräfte zu hemmen.

Ihre Politik ist auf den Schutz des Kapitals eingeleitet. Die Aufgabe der Reformisten ist, das Proletariat zu entwaffnen.

Darum war die Schaffung des Roten Hafenarbeiterverbandes eine Lebensnotwendigkeit für das kämpfende Hafenproletariat. Nur unter den Fahnen der RGO wird die Gewerkschaftseinheit der deutschen Arbeiter wieder hergestellt. Nur die RGO kann und wird wirklich freie Gewerkschaften schaffen.

**Ich bekenne mich „schuldig“, Vorsitzender der Kommunistischen Partei Deutschlands zu sein.**

Das ist die Partei, die in der letzten Reichstagswahl weit über eine Million Arbeiterstimmen von der Partei des Arbeiterverrats, von der SPD, genommen hat. Daß unter diesen Arbeitern nicht wenig freigewerkschaftliche Kollegen waren, darüber seid ihr euch sicherlich im Klaren.

**Ich bekenne mich „schuldig“, Vorsitzender der Kommunistischen Partei Deutschlands zu sein, der Partei Rosa Luxemburgs und Karl Liebknechts, der Partei der proletarischen Revolution.**

Das ist die Partei, die ihre Pflicht gegenüber der Arbeiterklasse niemals für Müßiggang, für Verträge im kapitalistischen Staat verkaufen wird. Das ist die Partei, die niemals für Groenens Panzerkreuzer, für Schiele und Treutmanus, für Brüning und Stegerwald gestimmt hat.

**Ich bekenne mich „schuldig“, als Vorsitzender der Kommunistischen Partei die Revolutionäre Gewerkschaftsopposition mit allen Kräften unterstützt zu haben.**

Ich teile diese „Schuld“ zusammen mit den Hunderttausenden Mitgliedern der Revolutionären Gewerkschaftsopposition. Diese „Schuld“ werden in kurzer Zeit schon Millionen teilen.

Ihr habt die Möglichkeit, mich, der ich Jahrzehnte für den Verband gewirkt habe, auszuschließen. Habt ihr doch schon Jahntausende klassenbewußte Arbeiter aus den freien Gewerkschaften hinausgeworfen. Jede Demokratie hat ihr mit Füßen getreten, nur noch mit Polizeimethoden könnt ihr eure Herrschaft aufrecht erhalten. Ihr seid aber nicht mehr im Stande, den Drang der deutschen Arbeiterklasse zur Selbsthaltung, das Streben von Millionen deutscher Arbeiter nach einem menschenwürdigen Leben, den Sturm der proletarischen Bataillone gegen das Regime der Ausbeutung zurückzuhalten. Am 14. September waren es weit über eine Million proletarischer SPD-Wähler, die für die kommunistische Partei, die für die proletarische Revolution ihre Stimme abgaben. Heute sind es schon neue Millionen — ihr selbst zweifelt nicht mehr daran.

Zielbewußt geht die kommunistische Partei, die Elite der deutschen Arbeiterklasse, der revolutionäre Sturmtrupp des wertigen Deutschlands den Weg der proletarischen Revolution. Neue Millionen scharen sich um die Sturmtruppen der kommunistischen Partei. Mit patriotischen Ausschüssen kann man diesen Vormarsch nicht aufhalten. Man kann ihn auch nicht mit Gummitümpeln logisdemokratischer Polizei und mit Neuschmorden der hitlerischen Schutgardien des Kapitals verweigern.

**Wir schreiten vorwärts! Ihr geht zurück! Wir sind die Armee des anbrechenden Morgens. Ihr seid die letzte niedergehende Schutztruppe des Kapitals. Die gewaltige Kraft von Millionen proletarischer Kämpfer wird zusammen mit den Ausbeutern auch euch, ihre Lakaien, wegfegen.**

Das ist es, was ich Euch auf Euer Schreiben vom 18. März 1931 zu „meiner Rechtfertigung“ zu sagen habe.

Hamburg, den 28. März 1931. Ernst Thälmann.

Der Eintritt von Hunderttausenden Arbeitern, Angestellten in die RGO muß die Antwort auf die Ausschlußpolitik der Reformisten sein. Gerade im gegenwärtigen Augenblick, wo das Unternehmertum zu verhärteten Schlägen gegen die Existenz der Arbeiterklasse ausholt, muß die einheitliche Front unter Führung der RGO geschlossen werden.

**Die Sturmtruppe der RGO, vom 15. April bis 1. Mai müssen der revolutionären Gewerkschaftsbewegung eine gewaltige Stärkung bringen.**

Der Weg, den der Genosse Thälmann in seinem Antwortschreiben aufgezeigt hat, ist der einzige Ausweg, der allen Werktätigen Rettung bringt.

Darum: Hinein in die RGO, die in engerster Zusammenarbeit mit der SPD, die arbeitende Klasse vom kapitalistischen Joch befreien wird.

**Reichskomitee der RGO.**



Eitle Schaumföhlerei auf dem preußischen Mietertag in Magdeburg

Nichtzulassung des kommunistischen Abgeordneten Oberdörfer — Angst vor der Entlarvung

Am 4. und 5. April tagte ein preußischer Mietertag in Magdeburg. Das war kein Mietertag der getragenen von den dreien Massen der Mieter...

Schon das Leitende der Einberufung herausgegebenes Programm für den Mietertag war typisch für die Veranstalter...

man ging mit allen Fragen wie die Käse um den heißen Brei.

Von Anfang an verstand es die Bürokratie zu verhindern, daß die gewaltigen Probleme auf dem Gebiete des Wohnungsweiens klar aufgestellt werden könnten.

folle verhindert werden, die Rolle aufzuzeigen, die die sogenannten mieterfreundlichen Parteien, SPD, Staatspartei usw., gerade im letzten Jahre gespielt haben.

Ansatz daß die Tagung in schriftlicher Form zu dem Verhalten der sogenannten mieterfreundlichen Parteien Stellung nahm...

Durch diese Zustimmung zur Novorderordnung haben die Sozialdemokraten den Wohnungsbau abgebremst, die Wohnungswirtschaft und den Mieterdiefen liquidiert und dem Mietwucher freie Bahn geschaßen.

Das den Delegierten zu sagen, ist für die Bürokratie des Reichs...

bumdes deutscher Mieter selbstverständlich eine unangenehme Sache. Deshalb

Ablehnung der Teilnahme des kommunistischen Abgeordneten Oberdörfer,

des Sachberaters für Mieter- und Wohnungsfragen, mit der Präzise: „Die Tagung habe mit parteipolitischen Fragen nichts zu tun.“

Das Referat des Landesverbandvorsitzenden Djiert war alles andere als eine Befriedigung mit den wichtigen Problemen, die vor den proletarischen Mietern liegen.

Nach dem Referat des Landesverbandvorsitzenden wurde in eine Pause eingetreten, für die weitere Tagung wurde die Debatte föhligst ausgeschlossen.

Alle diese Reden und all die Maßnahmen der Bürokratie des Reichsbundes deutscher Mieter werden jedoch nicht verhindern können, den Arbeiter begrifflich zu machen, daß eine Lösung der Wohnungsfrage auf dem Boden der bürgerlichen Gesellschaften unmöglich ist.

In einer derartigen Gesellschaft ist die Wohnung kein Gut, sie ist eine notwendige Institution, sie kann nicht ihren Rückwirkungen auf die Gesundheit usw. vor befreit werden, wenn die ganze Gesellschaftsordnung, die sie entspricht, auf Grund umgewandelt wird.

Gislebener Ex-Oberbürgermeister Clauß vor dem Rabi

Gestern, am 14. April, begann vor dem Gislebener Schöffengericht die Hauptverhandlung gegen den ehemaligen Oberbürgermeister von Gisleben, der wegen der unendlichen Schlamperie, die Veruntreuungen im Gefolge hatte, in seiner ganzen Amtsführung „zur Rechenschaft“ gezogen werden soll.

Das Urteil dürfte in Anbetracht der Unmenge des Materials, das diesem Prozeß zugrunde liegt, kaum vor dem 28. April zu erwarten sein.

Heute

beginnen die roten Tage der RGO, die von der mitteldeutschen Arbeiterfront zum Aufruf für Massenstreiks am 1. Mai ausgenutzt werden müßen.

Bis zum 1. Mai

muß es gelingen, zehntausende von Arbeitern in die organisatorische Kampffront, in die Revolutionäre Gewerkschaften, die einzigen und großen gewerkschaftlichen Kampforganisation des Proletariats, einzugliedern. Das erfordert vor allen Dingen,

Das Fundament für die RGO zu festigen und allenthalben Betriebsgruppen der RGO zu bilden und, sofern schon solche bestehen, unendlich zu verstärken. Diese ganze Tätigkeit, der sich jeder klassenbewußte Arbeiter heute hundertprozentig hingeben muß, muß ausüben in einer erfolgreichen, allgewaltigen

Massenmobilisation für den Mai-Kampftag

Blutiger Stahlhelmiüberfall auf Ernter Arbeiter

Der wahre Sinn des faschistischen Volksbegehrens in Preußen

Kürzlich fuhren zirka 6 Lastwagen und Autos, vollbesetzt mit Stahlhelmen in Uniform und einigen Plais in Zivil, durch die Straßen Berlins. Mit andauerndem Geschäß „Deutschland ermach“, und „Proklamationen weltlicher Staatspläne“ kamen die faschistischen „Mitter Preußen-Deutschlands“ mit ihrer Agitation für den Kampf um die Futtermittel, für das faschistische Volksbegehren in Preußen, auch durch die Brühler Straße gegen 7 Uhr Abends.

Die freigen Gelsten schlügen so lange auf den einzelnen Protesten ein, bis er bemüßlos und blutüberflutet am Platz liegen blieb.

Mit dem Kommando: „Ruh! das rote Schwein legen“, ergreifen die Wanditen die Flucht, als sich einige Protesten einstellten. Polizei war weit und breit nicht zu sehen, trotz „Poliz-berobung“ und Anmeldepflicht von politischen Propagandafahrern.

unbehehlt von der Soering-Polizei.

Die Arbeiter müßen auf der Hut sein; die Polizei bietet ihnen natürlich keinen Schutz, trotz Scheintamp gegen die faschistischen Letzten Soeringers, Stirkt die maßlosste und ideologische Kampffront gegen faschistische Ueberfälle! Reichsbanner, SPD, Arbeiter müßen gemeinsam mit den Kommunisten unter Führung des Kampfbundes gegen den Faschismus einen breiten Selbstschutz organisieren.

Nach Käßlich. Eine Kindesleiche in Müßgraben. Aus dem Müßgraben wurde ein verhärmtes Paket geborgen, das die Leiche eines neugeborenen Kindes männlichen Geschlechts enthielt.

Frauen in Not

Bericht von Carl Crede

Copyright Walther Schulz Verlag, Berlin-Glückliche, Brandenburgerstr. 8

20. Fortsetzung

Bei dieser Gelegenheit gestalte ich mir, auf folgendes hinzuweisen: es ist kein Zufall, daß drei junge Ehepaarschülerinnen aus guter Familie in dieser Weise zugrunde gegangen sind. Der Keim des Unglücks unserer Stadt fällt sicher ein Teil der Schuld an diesen unglücklichen Vorfällen zu. Es ist mir bekannt, daß die heutige Jugend sehr freien Aufstellungen huldig und Erziehungsmaßnahmen schwer zugänglich ist, als dies früher der Fall war.

Häufungsprozeß, der die ganze Schule verfeucht... Der Erziehungsweil des Elternhauses war maddis hochgezogen...

Die von mir erwähnten Schäden föhren in direkter Folge zu den Verbrechen, die an den drei jungen Mädchen verübt worden sind. Die Staatsanwaltschaft dürfte ein großes Interesse daran haben, für die Zukunft derartige Verbrechen zu verhindern und meine Angaben zu prüfen.

Hübener, erster Pfarrer.

D... , den 1. 10. 1929.

Seiner Hochwürden, dem Herrn ersten Stadtpfarrer Hübener zu D...

Die Staatsanwaltschaft befragt Exer Hochwürden den Eingang der Anzeige. Die Vorunternehmung gegen den H. Zerner mühte ihmwegen wegen Mangels an Beweisen eingestellt werden. Wie Exer Hochwürden bereits andeuteten, konnte in den zwei und drei Jahre zurückliegenden Jahren nichts mehr ermittelt werden. Zum Fall Niederer gab der Handelsgesell Exer ganz offen zu, daß die Niederer ihn einmal des Abends aufgesucht und ihn gebeten habe, eine befehlende Schwangerschaft zu begehen. Er, der H. Zerner, habe dies entzweifelt abgelehnt. Er bestreitet, ein Entgelt erhalten zu haben. Er leide direkt unter dem Gericht, das in der Stadt fürre, das ihn verurteilt, gewerbesüßig Verdrüssungen vorzunehmen. Auf der Weisung, daß die vorkommenden Niederer in ihrem Brief an ihre Mutter ihm, wenn auch ohne Namensnennung, demisiert habe, hatte er zu erwidern, daß mangels jeder Namensnennung ein Zertum vorliegen müße. Ein Zusammenstoß zwischen jener Mofener, bei der die Niederer verlorben ist, und dem H. Zerner in keiner Geschäftsbeziehung liebe und ihn wohl kenne, dies aber nur Fiktion. Der Wehime Sammler Dr. Wehlfest befandete als jahreslänglicher Junge unter sich, daß jener nicht nach bei im Briefe erwähnten Therese eine Banckstellenentbindung infolge einer nicht rechtzeitige ärztlich behandelten Blinddarmentzündung den Tod herbeiföhrt habe. Für eine frauenärztliche Unternehmung habe keine Veranlassung vorgelegen. Eine Erkundigung der P. Therese Dümpel kam infolge ihres schon vor zweieinhalb Jahren erfolgten Wliewens nicht mehr in Frage. Die Section der P. Niederer ergab eine Durchdröhrung der Gebärmutter mit nachfolgender eitriger Banckfäll-

entzündung und Blutvergiftung. Von einem dritten Fall ist diesseits nichts bekannt geworden. Es kam zwaranglos angenommen werden, daß die p. Niederer, die das Kind keinesfalls austragen wollte, was sich schon aus dem Schreiben an die Mutter ergibt, sich diese Verletzung selber beigebracht hat. Die Hausung im Zimmer der Niederer im Elternhause verdrüben den schließlichen Beweis hierfür durch Auffindung einer in der Kammer liegenden Fahrabspise, für deren Verzug vorhanden sein sich sonst kein sichhaltiger Grund ergibt.

Die weiteren Ausführungen Exer Hochwürden wenden sich zunächst an die falsche Stelle. Die Staatsanwaltschaft hat keine Veranlassung, die Angelegenheit weiterzuziehen oder weiterzuverfolgen. Es wird diesseits aber darauf hingewiesen, daß die Angaben Exer Hochwürden betreffend die Zustände in dem Hause unferer Stadt als fast übertrieben angehört werden. Jedenfalls liegt keine Veranlassung vor, irgendwie einzugreifen. Die Staatsanwaltschaft, (ges.) Müller.

Betrachtung:

So dürfen wir denn wohl alle hoffen, daß der Herr Handelsgesell Exer nach einer freimüßigen Arbeitspause von ein paar Jahren sein einträgliches Gewerbe wieder aufnehmen müße. Er wird allerdings wohl so fug sein, den Schauplatz seiner bunten Tätigkeit in irgendeine andere Stadt zu verlegen, am besten in eine größere. Die Staatsanwaltschaft wird auf ihren Verbrechen und Fahrabspise ruhig weiter schlaßen. Frau Niederer wird jährlich das Grab ihres Lieblingen schmücken und auch sonst oft dort weilen und weinen, aber der § 218 wird ihn keine Kopfschmerzen machen. Daß er der eigentlichste Mörder ist, das wird sie nicht erkennen. So weit kann sie nicht denken — auch der sonst sehr verdienstwürdige Herr erste Stadtpfarrer nicht, dessen liberale Befragung vor Paragrafen halmäßig. Beide werden deshalb bran und bieder auch das nächste Mal bei der Wahl für irgendeine gutbürgerliche Partei kommen, die sich für die Beibehaltung des § 218 einsetzt. Die arme kleine Hilfe, die Lüttige, schwarzäugige Therese, die liebe Toni sind tot. Die haben keine Stimmen mehr für unten, sie können nur oben im Himmel bitten, daß manche verdaunte Gesäme auf Erden gereinigt und erleuchteter werden.

(Fortsetzung folgt.)



# Klassenkampf

Kommunistisches Organ für den Bezirk Halle-Merseburg

Der „Klassenkampf“ erscheint jeden Freitag nachmittags außer Sonn- und Feiertag. Verkaufspreis: frei Haus monatlich 2,40 Mark; durch die Post bezogen 2,50 Mark, ohne Zustellungsgebühr. Bezugsstelle: Halle-Merseburger Betriebsvereine GmbH, Halle, Vertriebsstr. 14. Fernruf: 210 65 (12 Ad.); 210 67 (Berlitz).

Mit der Arbeiter-Zeitung  
**Der Rote Stern**

Einzelgenpreis: 15 Pf. für den mm Höhe und Breite; 1 Pf. im Textteil. Abonnenten: Arbeiter des Sozialistischen Halle; Commerz- und Privat-Bank Halle. Postfachnummer: Leipzig 204 71 Halle-Merseburger Betriebsvereine GmbH, Halle, Vertriebsstr. 14.

Einzelpreis 15 Pf. Halle, Mittwoch, 15. April 1931 11. Jahrgang Nr. 87

## Die IG-Farben-Industrie der Produktions-Sabotage überführt!

Die Leuna-Kapitalisten mit amerikanischem Gelde gekauft — Einschränkung der Produktion und trotzdem Riesengewinne!

Halle, den 15. April.

Durch die Handelszeitungen geht unter der Überschrift „Leuna-Patente und Farbengewinne“ ein Artikel, der größte Aufmerksamkeit aller Arbeiter, und besonders der Leuna-Arbeiter, verdient. Es handelt sich um die Verträge, die von der IG-Farbenindustrie mit der Standard Oil Co., dem amerikanischen Ölkonzern, abgeschlossen worden sind und in deren Folge die großartigste Sabotage in der chemischen Industrie der Welt, die sich denken läßt. Diese Verträge haben die Abschaffung der Zusammenarbeit der Standard Oil Co. mit der IG-Farbenindustrie auf Europa zum Gegenstand. Zur Durchführung der Zusammenarbeit ist eine besondere Gesellschaft, die International Hydrogenation Co. gegründet worden. Es handelt sich um die Verfertigung des Hydrierverfahrens der IG-Farbenindustrie, durch das es möglich geworden ist, verflüssigte Kohle, Schieferöl, Kohlenteeer und Rohöl fast hundertprozentig in hochwertige Produkte zu verwandeln.

Aus diesen Verträgen haben die Farbennöbige bisherige Sabotage nicht einmal gemerkt, daß die Aktionäre der IG-Farbenbetriebe — in erster Linie in Leuna-Merz — von dem Geheimrat Bösch ist vor dem Enquete-Ausschuss offen ausgesprochen worden, daß die IG-Farben sich mit der Standard Oil Co. geeinigt habe, „weil es jahrelanger Arbeit bedürftig hätte, um mit Sicherheit zu entscheiden, bis zu welcher Grenze man konkurrenzfähig sein würde. Der finanzielle Aufwand im Kampf gegen die großen Petrochemiegesellschaften wäre unabsehbar gewesen“.

Welches sind die Folgen dieser Einigung für die Kapitalisten der IG-Farbenindustrie, für die Leuna-Könige? Die Farbennöbigen, die Leuna-Kapitalisten bekommen ihren ungeschämtesten Profit durch das amerikanische Frakturkapital, die Standard Oil Co., garantiert. Sie haben nur eine Bedingung zu erfüllen

die Eigenproduktion an synthetischem Benzin immer mehr in den Hintergrund treten zu lassen.

Was das für die Arbeiter, insbesondere die Leuna-Arbeiter, bedeutet? Immer weitere Betriebsstilllegungen, immer weitere Massenentlassungen, neben den Massenentlassungen infolge der sich fortwährenden Rationalisierung in den Betrieben.

Die Leuna-Könige, die IG-Gewaltigen sind des Verbotes der Produktionsabotage überführt. Sie schränken die Produktion an synthetischem Benzin bis auf ein Minimum ein, damit die Standard Oil ihr Petrochemium auch in Deutschland in größerem Umfang los wird. Sie lassen die Produktionsstätten zum großen Teile ungenutzt. Sie verurteilen die Proleten, die Arbeiter und Angehörigen durch direkten Lohnraub, durch die betrügerische Verkürzung der Arbeitszeit ohne Lohnausgleich, vor allem aber durch Massenentlassungen zum Hungern.

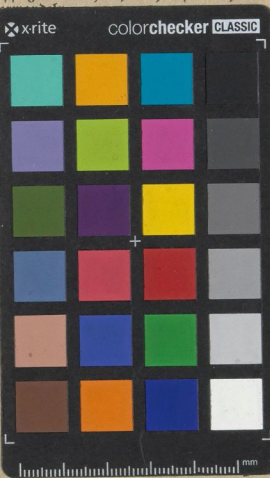
Diese vom amerikanischen Kapital gekaufte Bande von Verbrechern am deutschen Proletariat und am deutschen Volke sieht, daß die Arbeiter unter dem Banner der Revolutionären Gewerkschaftsopposition, der RGD, sich sammeln zum Kampf.

Die Kapitalistenbande und die ihr feile Presse wollen die Welt glauben machen, daß revolutionäre Arbeiter ebenso käuflich wären wie sie selber, daß sie gegen Geld dem proletarischen Vaterland irgendeine Dienste leisten würden. Die unzähligen Dinge werden über „Reaktionäre“ in den höchsten Fachwerken der IG zusammengelogen.

In unerschöpflicher, verlogener Weise werden diese Dinge mit der RGD in Zusammenhang gebracht, um sie bei den Massen in Mißacht zu bringen, nur um Verleumdungen zu schaffen, um den Massen der IG-Arbeiter die Führer im Kampfe gegen die IG-Könige zu nehmen.

Werbegeldiges Bemühen. Die Arbeiter verstehen sehr wohl, und sie sehen es an dem Beispiel der Produktionsabotage durch die IG-Farben, daß das kapitalistische Eigentum zu einer Schranke, einer Fessel der Produktion geworden ist. Der Aufbau der sozialistischen Industrie macht riesenhafte Fortschritte allein deshalb, weil diese Schranke niedergelegt, weil diese Fessel gesprengt wurde. Allein deshalb macht insbesondere die sozialistische Delindustrialie gemaltene Fortschritte, allein deshalb war es den Delarabietern möglich, den Fünfjahresplan in 2 1/2 Jahren zu erfüllen.

Die deutschen Arbeiter werden weiterhin mit aller Kraft ihren rüstigen Wüßtern beim Aufbau der sozialistischen Industrie helfen. Die deutschen Arbeiter und insbesondere die Chemikerproleten werden durch keinerlei Hege sich trennen lassen von ihrer Führer, der



beiden ein Unterschied besteht, so nur der, daß die SPD noch um Vieles knechtischer und schimpflicher sich benimmt. Während das hallische Naziblatt in jeder Weise seine Montagnummer mit der Schlagzeile „Kommunistische Verspionage im Rahmen des Fünfjahresplanes“ überschreibt und im übrigen sich darauf beschränkt, die verlogenen Meldungen der bürgerlichen Nachrichtenbüros abzuhandeln, bekommt das „Rote Blatt“, das ebenfalls über „kommunistische Verspionage“ zitiert, es fertig, von einer schweren Schädigung der deutschen Arbeiterkraft zu schwindeln. Das sozialdemokratische Blatt in Frankfurt am Main wird zitiert:

„So wird den deutschen Arbeitern Arbeit und Brot gestohlen.“ Wir haben heute durch die Feststellung, daß die IG-Farbenkönige sich des gemeinen Verbrechens der Produktionsabotage schuldig gemacht haben und weiter schuldig machen, bemerkt, werden deutschen Arbeitern, wer den Chemikerproleten Arbeit und Brot nicht. Die kapitalistische Ausbeuterordnung ist es und vor allem ihre ersten Angewiesenen, die IG-Farbenkönige.

Nazis und SPD, das zeigt ihr Gesäusel über die „Verspionage“ und ihr Schweigen über die Verbrechens der IG-Farbenkönige, sind nichts anderes als die lebenden Büffel der kapitalistischen Ausbeuterordnung. Sie schimpfen und schänden über sie! Jeder ehrliche Arbeiter muß ihnen den Rücken kehren, jeder Arbeiter gehört in die rote Klassenfront.

Kampf gegen das kapitalistische Ausbeuterverhältnis, das für die Arbeiter weiter nichts bedeutet als den Hunger! Kampf für den Sozialismus, der allein den Arbeitern und allen Wertigen Arbeit und Brot geben kann!

Als Antwort auf die unzähligen Hege der Anführer des Finanzkapitals: Chemikerproleten, reißt hinein in die RGD, hinein in die SPD! In jedes Arbeiterhaus eure Zeitung, der „Klassenkampf“!

## Die Arbeiter in Spanien gestürzt!

Bürgerlich-sozialdemokratische Koalition — Das erste Dekret: „Ruhe und Ordnung“ — Die Arbeiter verlassen die Betriebe — Massendemonstrationen unter roten Fahnen

Madrid, 14. April. (Eig. Meldung.) König Alfons von Spanien hat heute Abend für sich und seine Familie abgedankt. Die offizielle Proklamierung der Republik steht bevor. Die bisherige Regierung des Admirals Ugarte hat einer provisorischen republikanischen Regierung Platz gemacht. Die neue Regierung besteht aus bürgerlichen Republikanern und Sozialdemokraten. Vier Ministerien werden mit sozialdemokratischen Führern besetzt. Die entscheidenden Regierungsposten (Ministerpräsident, Innenministerium, Außenministerium und Kriegsministerium) behält die republikanische Bourgeoisie sich selbst vor. Ministerpräsident der provisorischen Regierung ist der Bourgeoisrepublikaner Alcala Zamora. Das erste Dekret der neuen Regierung enthält die Ankündigung, daß sie vor keinem Mittel zurückschrecken werde, um die Ruhe und Ordnung aufrechtzuerhalten und das Leben der königlichen Familie zu schützen.

Der Sturz der Volkspolizei hat das verfaulte Gebilde der Monarchie in Spanien hinweggefegt. Unter dem Beifall der Menge hat der Prolet der sozialen Fortschritt und des politischen Fortschritts den monarchischen Regimes in beständigem Tempo seinen Endpunkt erreicht. Die Massen, die am letzten Sonntag ihre Stimme für die republikanischen Werten abgaben, haben dadurch dem herrschenden Regime, das zehn Jahre lang mit den Methoden der militärisch-diktatorischen Diktatur sich behaupten konnte, ein Ultimatum gestellt.

## Neue Streikbeschlüsse zum 1. Mai

Die streikenden Bauarbeiter in Weihenstephan begrüßen den Aufruf der hallischen Frontkämpfer der RGD und der SPD, den 1. Mai durch Massenstreik und Massendemonstrationen gegen Lohnraub und sozialistische Diktatur zu beschließen. Die „roten Tage“ der RGD vom 15. April bis 1. Mai und der Sturmplan der RGD müssen der Aufruf zum Kampfe sein.

Die Streikversammlung der Bauarbeiter wählte mehrere streikende Bauarbeiter in den Weihenstephaner RGD. Der Streik der Bauarbeiter wird weiter geführt unter Führung der RGD. Die Kollegen vom Bau treten am 1. Mai, morgens 8 Uhr, im „Tiroler“ zur Massendemonstration an.

## Weihenstephaner Bauarbeiter für RGD

(Eig. Meldung.) Weihenstephan, 15. April. In einer überfüllten Streikversammlung, in der auch viele Kollegen vom Weihenstephaner RGD anwesend waren, wurden die Ausführungen des RGD-Vertreters mit großem Beifall aufgenommen und in der Diskussion der Führung der RGD das Vertrauen ausgesprochen sowie die Verbreiterung des Kampfes unter allen Umständen beschlossen.

